

PRESSEMITTEILUNG

vom 13. Dezember 2010



FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

Kreis-GRÜNE kritisieren RWE-Kraftwerksplanung

„Während in Cancun beschlossen wurde, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen und die Planungen der Bundes- und Landesregierung auf eine Absenkung der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 % hinauslaufen, setzt RWE weiter auf die Dinosaurier-Technik Braunkohle, obwohl die genehmigten Braunkohletagebaue zwischen 2040 und 2050 auslaufen werden“, so der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kreistag Erhard Demmer.

Auch der Kreistagsabgeordnete Dieter Dorok kritisiert: „Statt sich konzeptionell mit diesen Vorgaben auseinanderzusetzen werden die 300 MW Uraltblöcke in Frimmersdorf modernisiert. Außerdem wird von RWE ein neues Braunkohlekraftwerk geplant. Gleichzeitig wird das Alibi-Projekt kohlendioxidfreies Braunkohlekraftwerk auf Eis gelegt.“

Dorok verweist darauf, dass globale und nationale Vorgaben nur regional umgesetzt werden können. „Bisher wird durch die neuen BoA-Blöcke nur die erzeugte Strommenge erhöht, aber kein Gramm Kohlendioxid einspart. Zu einem nationalen und regionalen Konzept zur Kohlendioxideinsparung durch RWE gehört nicht der offshore Windenergieausbau in England.

Statt in der Arbeitsplatz-intensiven Stromerzeugung durch die erneuerbaren Energie zu investieren und den Braunkohlekraftwerksbetrieb sozialverträglich und langfristig an die Laufzeit der Tagebaue zu koppeln, will man durch neue klimaschädliche Braunkohlekraftwerke neue den wasserhaushaltzerstörende Tagebaue erzwingen.“

Auch der Landtagsabgeordnete und umwelt- und energiepolitische Sprecher der GRÜNEN Kreistagsfraktion, Hans Christian Markert verweist darauf, dass mit dem Bau neuer Braunkohlenkraftwerke auch ein erheblicher Arbeitsplatzabbau erfolgt, während bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien deutliche mehr Arbeitsplätze benötigt werden. Markert: „Nicht nur das geplante Klimaschutzgesetz durch die Landesregierung macht Vorgaben für den Klimaschutz, sondern das geltende Energiewirtschaftsgesetz räumt den erneuerbaren Energien den Vorrang ein. Grundlastkraftwerke produzieren bei den vorhandenen Tages- und Jahresspitzen daher unnötige Mengen an Überkapazitäten. Atomabfall und Kohlendioxid, das man besser einsparen kann.

Der GRÜNEN-Chef Demmer kündigt an: „Die Kreistagsfraktion wird alles dafür tun, dass RWE die CO₂-Schleudern nicht mehr bauen kann und wird.“